



Neues Jahr – alte Probleme?

Von Joachim Lenders, Landesvorsitzender

Vor einem Jahr hätte sich niemand vorstellen können, dass mehr als eine Million Menschen bis zum Ende des vergangenen Jahres Schutz und Zuflucht in Deutschland suchen und finden werden. Die Kriegs- und Krisenherde dieser Welt waren weit weg – Deutschland eine Insel, umringt von sicheren Herkunftsstaaten. Wie viele Flüchtlinge werden es in diesem Jahr? Wird Improvisation und das Fahren auf Sicht weiterhin das politische Heft des Handelns bestimmen? Wie glaubwürdig werden Politik und Gesellschaft die Fragen der Menschen beantworten? Wann wird aus „Wir schaffen das!“ ein erklärendes „Wie wir das alles schaffen?“ Der Staat wurde und wird an seine Grenzen geführt – vom selbst verordneten schlanken Staat zum schlaffen Staat. Ohne die freiwilligen Helfer, die Nichtregierungsorganisationen und vieler Privatinitiativen ganz normaler Bürgerinnen und Bürger wäre

nichts gegangen – und immer vorne mit dabei, die Polizei in Bund und Ländern. Was unsere Kolleginnen und Kollegen deutschlandweit und insbesondere in Bayern zur Bewältigung der Flüchtlingskrise leisten, beweist einmal mehr die hohe Professionalität und zupackende Einsatzbereitschaft der deutschen Polizei. Nicht abwarten, sondern einfach machen! Aber auch die Polizei hat ihre Belastungsgrenze und spätestens jetzt rächen sich die massiven Stellenstreichungen in der Vergangenheit und plötzlich wird die Politik aktiv. Die Bundespolizei schafft 3.000 neue Stellen und auch der Vollzug der Länderpolizeien wird durch die Politik zum Schönbereich deklariert. Das ist zu wenig! Wir brauchen einfach mehr Personal, um diesen Zuwachs auch generieren zu können, bessere Rahmenbedingungen! Das Jahr 2016 fing denkbar schlecht an: In der Silvesternacht wurden eine Vielzahl von Frauen in Köln, Stuttgart und Hamburg von jungen Männern in Zugstärke sexuell belästigt und beleidigt, bestohlen, beraubt und faktisch zum Freiwild erklärt. Allein in Köln wurden mehr als 700 Anzeigen gestellt, darunter drei wegen Vergewaltigung. In Hamburg wurden Frauen auf der Reeperbahn und am Jungfernstieg sexuell attackiert und beraubt, über 190 Anzeigen folgten. Die mutmaßlichen Täter sollen ursprünglich aus nordafrikanischen Ländern und dem arabischen Raum stammen. Dabei ist es eher unwesentlich, ob die Täter seit wenigen Wochen, Monaten oder seit Jahren in Deutschland leben. Die wortstarke Replik der



DPoIG Hamburg

> Joachim Lenders

Politik ließ nach dem späten Bekanntwerden nicht auf sich warten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fordert eine „harte Antwort des Rechtsstaats“, Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) spricht von einem „zeitweiligen Zivilisationsbruch einer enthemmten Horde“, Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) denkt laut darüber nach, wie man „straffällige Asylbewerber leichter als bisher abschieben kann“.

■ Werden jetzt starken Worten starke Taten folgen?

Unisono fordern Politiker und Kommentatoren nun landauf und landab die „volle Härte des Rechtsstaats“. Ein Beispiel aus der Vergangenheit: Im April 2008 wurde einer Hamburger Polizistin während ihres Dienstes auf dem Rathausmarkt an den Busen gefasst. Verhandelt wurde dieser eindeutige Sachverhalt im Januar des folgenden Jahres. Der damals 25-jährige Busengrapscher erschien natürlich nicht persönlich vor dem Amtsgericht, um sich seine Strafe für diese Respektlosigkeit „abzuholen“. Es gab dann auch keine, der Amtsrichter verurteilte den Flegel zu einer Geldstrafe von 200 Euro auf Bewährung (!) und sprach unserer Kollegin 50 Euro (!)

Schmerzensgeld zu. Zurück blieb eine gedemütigte und der Lächerlichkeit des Täters preisgegebene Polizistin. 200 Euro auf Bewährung – volle Härte des Rechtsstaats gegenüber einer Repräsentantin eben diesen Rechtsstaats?

Was bringt das Jahr 2016 für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg? Was muss endlich passieren? ProBeSt muss endlich liefern! In diesem Jahr müssen die Kollegen des Polizeivollzuges erfahren, was auf sie zukommt und mit welchem Beförderungsmo- dell die Polizei in die Zukunft gehen möchte. Bei den gegenwärtigen Alternativen kann es nur das „Ein-Zugang-Modell“, also die zweigeteilte Laufbahn sein! Dazu gehört weiterhin die Entwicklung und Einführung eines neuen Beurteilungssystems, eines Systems, in dem sich die Kolleginnen und Kollegen wiederfinden, das sich an der polizeilichen Arbeit der Beurteilten orientiert und nicht an taktischen Überlegungen oder imaginären Kurven. Des Weiteren muss die Stärkung des Schichtdienstes ganz oben auf der Agenda stehen. Die **DPoIG Hamburg** bleibt bei ihrer moderaten Forderung, den Dienst zu ungünstigen Zeiten mit mindestens 5 Euro je Stunde zu vergüten. ■

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Andreas Reimer,
Klaus Vöge, Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



Personal- und Beförderungssituation im Fokus der Kritik

Personalratsvorsitzender Freddi Lohse: „Wenn das so weitergeht wird aus ProBeSt: PROTEST!“

Rund 1.800 Kolleginnen und Kollegen haben am 26. November an der Personalversammlung der Polizei im Congress Center Hamburg (CCH) teilgenommen. Die viereinhalbstündige Veranstaltung wurde vom Personalratsvorsitzenden Freddi Lohse eröffnet und geleitet.

Der Erste stellvertretende Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, skizzierte in seiner engagierten Rede die gegenwärtige Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Polizei. Personalnot, Überstunden und Mehrarbeit bilden den negativen Dreiklang vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Arbeits- und Einsatzbelastung. Selbstverständlichkeiten – wie das Nachbesetzen frei gewordener Stellen durch Ruhestand – werden als Erfolge verkauft. Dabei ist die Polizei personell bankrott, und trotz dieser Tatsache sollen in der Polizeiverwaltung weitere Stellen gestrichen werden. „Wer erledigt dann die Arbeit? Natürlich Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugs“, so Thomas Jungfer weiter. Wertschätzung bemisst sich – nicht

nur, aber auch, – in Euro und die Kolleginnen und Kollegen des Schichtdienstes werden mit Almosen abgespeist. Hier muss dringend und durchgreifend nachgebessert werden und deshalb bleibt die **DPoIG** bei ihrer Forderung, den Dienst zu ungünstigen Zeiten mit mindestens fünf Euro je Stunde zu vergüten, und unterstützt damit den Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion, die Hamburger Erschwerniszulagenverordnung entsprechend zu verändern. Mit dem Blick auf seine Notizen merkte Thomas Jungfer an, dass es zu ProBeSt nicht viel zu sagen gebe, da etwas Vorzeigbares nicht vorhanden sei. Nur die Einführung der zweigeteilten Laufbahn kann dauerhaft die Berufsattraktivität erhöhen und den Kolleginnen und Kollegen des Vollzuges die

Wertschätzung entgegenbringen, die sie auch verdienen. „ProBeSt muss endlich liefern“, so Thomas Jungfer weiter.

Der Geschäftsbericht des Personalrates erfolgte themen- und laufbahnzweigbezogen durch den Personalratsvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden der **DPoIG**, Freddi Lohse, die stellvertretende Personalratsvorsitzende Beate Petrou für den Laufbahnzweig Verwaltung (**DPoIG**), den Beisitzern im Personalratsvorstand, Klemens Burzlaff für den Laufbahnzweig Schutzpolizei (**DPoIG**) und Christian Schmidt für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei (BDK). Frank Riebow berichtete über aktuelle Entwicklungen und Themenfelder innerhalb des Laufbahnzweiges Wasser-schutzpolizei (WSP). Themenspezifisch ergänzten die Personalräte Christine Höxtermann (Bodycam), Flemming Schade (Neue Dienstzeitregelung), Klaus Vöge (Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit) und Liv Grolik (Problemfelder in der Akademie der Polizei/Nachwuchsgewinnung) den Geschäftsbe-



Reimer (5)

> **DPoIG**-Landesvize Thomas Jungfer: „ProBeSt muss endlich liefern!“

richt des Personalrates der Polizei (alle **DPoIG**). Freddi Lohse richtete sein Hauptaugenmerk auf die aktuelle Personal-, Belastungs- und Beförderungssituation innerhalb der Polizei. Zur Personalsituation führte er unter anderem aus, dass die polizeiliche Lebenswirklichkeit wenig mit dem von der Behördenleitung kommunizierten öffentlichen Bild zu tun hat.

Personalmangel bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung und fehlende berufliche Perspektiven für die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen bestimmen das Innenleben der





Polizei. Erstmals hat die Polizei offiziell die „Eine-Million-Überstundengrenze“ „gerissen“. Selbst wenn der Senat jetzt zwei Millionen Euro für die Auszahlung von Überstunden zur Verfügung stellt, bedeutet dies lediglich den Abbau von rund 100.000 Stunden. Allerdings, und da sind sich Personalrat und Behördenleitung einig, Geld wiegt den Freizeitausgleich nicht auf. Freddi Lohse kritisierte weiterhin die passive, abwartende Haltung der Behördenleitung hinsichtlich der Beförderungssituation. Bisher haben weder die Innenbehörde, noch die Dienststelle erklären können, wie sie den berechtigten Erwartungen der

Kolleginnen und Kollegen tatsächlich entsprechen wollen. ProBeSt hat zwei alternative Beförderungsmodele vorgelegt, von denen nur das „Ein-Zugang-Modell“ (zweigeteilte Laufbahn) für den Personalrat der Polizei infrage kommen kann. Das „Alternativmodell“ („Modifizierter Status Quo“) würde die Hamburger Polizei um Jahrzehnte zurückwerfen und eine Situation schaffen, die alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als längst überwunden glaubten. Ohne zusätzliche Finanzmittel ist jedes Modell bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt. Beförderungen, die nur aufgrund von Pensionierungen erfolgen,

werden den Kolleginnen und Kollegen nicht gerecht. Die Bewerbersituation wird sich weiter verschlechtern und innerhalb der Polizei für Probleme sorgen, wenn die Politik nicht endlich beginnt, der Hamburger Polizei den Stellenwert einzuräumen, den sie verdient und der für die Metropolregion Hamburg absolut notwendig ist. Die Leichtlohngruppen A7 und A8 gehören im Polizeivollzugsdienst endgültig und ein für alle Mal abgeschafft. Nur so kann die Polizei die Berufsattraktivität durchgreifend verbessern und auf dem Arbeitsmarkt mithalten. Innensenator Michael Neumann (SPD) möchte an der jetzigen Einstellungspraxis festhalten. Er betonte, dass er, das bereitgestellte Finanzvolumen immer eher für mehr Personal statt für mehr Beförderungen einsetzen werde. Stellenstreichungen zur Finanzierung von Beförderungen werde er weder vorschlagen noch mittragen. Diese Aussage wird selbstverständlich vom Personalrat unterstützt. Ein Rückfall in „Wrocklage-Zeiten“, nämlich die Eigenfinanzierung von Beförderungen und Hebungen durch Stellenabbau,



> Freddi Lohse leitete souverän die Personalversammlung.

darf nie wieder ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Des Weiteren führte Innensenator Michael Neumann aus, dass für ihn das sogenannte Progressive Modell (Sonderlaufbahn Polizei), trotz der Absage des Personalamts, noch nicht vom Tisch sei. Hier will er, gegebenenfalls nach dem Bekanntwerden des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Stellenentbündelung, Gespräche führen und an der Idee einer Sonderlaufbahn für die Polizei festhalten.

Der Landesvorstand





Innensenator gibt auf und verlässt das sinkende Schiff

Das, was seit geraumer Zeit in den Medien und aus gut unterrichteten Kreisen zu hören war, ist nun eingetreten. Michael Neumann (SPD) hinterlässt eine Innenbehörde, die finanziell gesehen, kurz vor der Insolvenz steht.

Großspurig hatte Michael Neumann zuletzt in der Innenausschusssitzung am 14. Januar dieses Jahres mitgeteilt, dass die Polizei Hamburg angeblich 100 Polizistenstellen mehr erhält und zwei Millionen Euro für die Auszahlung von Überstunden für die Polizei bereitgestellt wurden. Fakt ist, dass die Polizei bis jetzt keinen einzigen Euro von der Finanzbehörde für die Auszahlung von Überstunden erhalten hat und nach wie vor keine zusätzlichen 100 Stellen geschaffen wurden. Da ist es nur konsequent: Wer sein Wort nicht hält, tritt zurück. So einfach darf sich das der Hamburger

Senat nicht machen. Der Senat, an der Spitze der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, ist nun gefordert, die finanziellen Mittel im Haushalt 2017/2018 bereitzustellen. Dem Nachfolger, Bezirksamtsleiter Andy Grote (SPD), wünscht der Landesvorstand der **DPolG Hamburg** das nötige Durchsetzungsvermögen, das Neumann offensichtlich fehlte. Eine Überforderung der Polizistinnen und Polizisten dieser Stadt steht kurz bevor. Ständig neue Aufgabenfelder, wie



Der Rücktritt

Reaktionen

„Der scheidende Innensenator sieht beschwingt, fast erleichtert aus, Scholz sieht aus wie Scholz und Grote angemessen staatstragend.“
„WELT-online“, 18. Januar 2016

„Hamburg braucht wieder einen Innensenator, der sein Amt ernst nimmt und den sicherheitspolitischen Herausforderungen gewachsen ist. Deshalb ist es gut, dass die monatelange Hängepartie um Innensenator Neumann endlich beendet ist. Viel zu lange hat Olaf Scholz zugeschaut, wie seinem erkennbar amtsmüden Innensenator die Zügel in der Innenbehörde aus der Hand glitten.“

André Trepoll, CDU-Fraktionschef

„Jetzt wirft Innensenator Neumann hin, vor einer großen Bürgerchaftsdebatte zu den Übergriffen an Silvester auf St. Pauli – das Personalmanagement unter seinen SPD-Senatoren scheint dem Bürgermeister zunehmend schwerer zu fallen.“

Katja Suding, FDP-Fraktionschefin

Quelle: „Der nächste Senator streicht in Hamburg die Segel“, Onlineausgabe der „WELT“ vom 18. Januar 2016.

zum Beispiel die BAO „Castle“, die Sonderkommission „Rocker“ oder die Ermittlungsgruppe „Silvester“, verschieben nur Personal, lösen aber nicht die Probleme. Terrorgefahr, Flüchtlingskrise, wegbrechende Bewerberzahlen! Wann, wenn nicht jetzt, will der Hamburger Senat endlich in die innere Sicherheit investieren? Michael Neumann hinterlässt in der Innenbehörde viele offene Baustellen. Da hilft es auch nicht, dass der führungsstarke Polizeipräsident Ralf Martin Meyer die Polizei gut aufstellt. Sie muss auch zukunftssicher mit den entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen ausgestattet sein. Dazu gehört unter anderem die Schaffung 400 weiterer Polizistenstellen,

um der Flüchtlingskrise und der Terrorgefahr entschieden begegnen zu können. Bei der Schaffung der Polizistenstellen und der Nachbesetzung der freien Angestelltenstellen im Objektschutz geht Qualität vor Quantität, eine „Billig-Polizei“ wird es mit der **DPolG Hamburg** nicht geben.

Die innere Sicherheit muss endlich oberste Priorität haben – gerade jetzt. Dazu fehlt bisher aus Sicht der **DPolG Hamburg** auch das klare Bekenntnis des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz. Nun wird sich zeigen, ob die SPD und Bürgermeister Olaf Scholz ihre Lehren aus dem Wahljahr 2001 gezogen haben.

Der Landesvorstand



Polizeikommissariat 43 in Bergedorf – „Was lange währt, wird endlich gut?“

Von Klaus Vöge,
stellvertretender Landesvorsitzender

Vor drei Jahren berichteten wir im POLIZEISPIEGEL über eine **DPoIG**-Aktion vor dem PK 43 aufgrund der räumlichen Situation im Dienstgebäude (siehe POLIZEISPIEGEL, Januar/Febru-

ar 2013). Was hat sich seitdem getan? Um die Raumsituation zu entschärfen, wurden die Kradfahrer des PK zum Polizeiposten Zollenspieker ausgelagert, die Angestellten (AiP), alle Stadtteilpolizisten, die gesamte Straßenverkehrsbehörde und die schutzpolizeilichen Er-

mittler wurden in ein angemietetes Gebäude in der Kurt-A.-Körper-Chaussee einquartiert. Alle diese Maßnahmen natürlich unter dem Aspekt eines



> Hier wird „Kundennähe“ noch groß geschrieben.

Wie man erkennen kann, sind erhebliche Mängel aufgetre-

ten, die bereits im Januar und Februar des vergangenen Jahres an die Verwaltung (VT) gemeldet wurden. Die VT benötigte jedoch acht Monate zur Auftragsbearbeitung, um schließlich eine Freigabe zu erteilen.



> Auch im Technikraum wird es immer enger.

Auf der Personalversammlung der Polizei im November 2015 wurde auf diese bestehenden Mängel hingewiesen und wenige Tage später erschienen auch die ersten Handwerker – natürlich ein Zufall! Die am PK 43 arbeitenden Kolleginnen und Kollegen schämten sich zum Teil fremd, wenn sie

Anzeigende in Schreibräume bitten mussten, deren Wände und Fußböden in einem verheerenden Zustand waren. Bis zum Redaktionsschluss waren die Fußböden bis auf den Flur alle instandgesetzt, selbst der „Datenfluss“ wurde ordnungsgemäß wiederhergestellt, nur die farbliche Gestaltung der Räume lässt noch auf sich warten. In diesem Jahr wird das Dienstgebäude PK 43 gerade einmal 25 Jahre alt – eigentlich kein Alter für ein Gebäude.

Um der Raumnot Herr zu werden und um das Gebäude auf einen vernünftigen Standard zu bringen, wurden noch in 2015 für die Polizeikommissariate 43 und 21 (Altona) 1,8 Millionen Euro für die Planung von Anbauten im Haushalt freigegeben. Damit ist aber immer noch kein Anbau in Sicht und die Geduld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden PK wird weiterhin auf die Probe gestellt, denn die Mittel für die Erweiterung sind noch nicht genehmigt beziehungsweise im Haushalt verankert. Jetzt ist die Behördenleitung am Zug und muss schleunigst Entscheidungen herbeiführen, um die Raumsituation entscheidend zu verbessern. ■





DPoIG im Gespräch mit dem Leiter der Verkehrsdirektion Süd

Von Andreas Dubsy,
Mitglied im Landeshauptvorstand

Ende des vergangenen Jahres kamen der stellvertretende Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Klaus Vöge, und das Landeshauptvorstandsmitglied Andreas Dubsy mit dem Leiter der Verkehrsdirektion Süd (VD), Heiner Sellhorn, und seinem Vertreter Ortwin Schmidt zu einem Gespräch zusammen. Der fast zweistündige Meinungs- und Informationsaustausch fand in den Räumlichkeiten der VD Süd statt. Eines der Hauptprobleme, das von Heiner Sellhorn angesprochen wurde und natürlich auch der **DPoIG** unter den Nägeln brennt, ist der Personalmangel innerhalb der Verkehrsdirektion. Hierbei lässt sich keine der fünf Verkehrsdirektionen besonders hervorheben. Die Verkehrsdirektionen Ost, Mitte-West und Süd haben alle ein Personaldefizit von rund 23 Prozent. Jede/r vierte Kollege/-in steht also faktisch nicht zur

Verfügung. Diese große personelle Unterdeckung lässt sich nicht mehr kompensieren. Im Rahmen von Grundlastdefiziten an den Polizeikommissariaten und der Flüchtlingskrise sowie den daraus resultierenden wachsenden Aufgaben für die Hamburger Polizei ist der beschriebene Personalmangel innerhalb der VD kein Einzelfall, jedoch besonders eklatant. Aufgrund der hohen Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsdirektion und der deshalb zu erwartenden „Pensionierungswelle“ in den nächsten Jahren stellt sich die Frage, wie das Personaldefizit aufgefangen werden soll?

Im Verkehrsvollzug der VD Ost (VD 31) fehlen 14 (!) Kollegen. Ein weiteres Problem ist die Fremdnutzung der Technischen Verkehrsüberwachung (TVÜ). Sie erreicht innerhalb der VD 4 fast 20 Prozent. Würde man



Heiner Sellhorn, Leiter der VD 4, Andreas Dubsy und Ortwin Schmidt (von links)

die Verkehrslenkungsmaßnahmen bei Großveranstaltungen mitrechnen, die vorzugsweise außerhalb der Regeldienstzeiten stattfinden, nämlich am Sonnabend und Sonntag, dürfte die Prozentzahl noch höher liegen. Denn die dadurch entstandene Mehrarbeit muss wiederum innerhalb der Regeldienstzeit beziehungsweise in Kerngeschäft abgebaut werden. Ein leidiges, aber stets präsent Thema ist des Weiteren der zu leistende Objektschutz. Das alles hat zur Folge, dass die Verkehrssicherheitsarbeit aufgrund der tatsächlichen Personalstärke leidet. Kann und will sich das die zweitgrößte Stadt Deutschlands mit demnächst 1,8 Millionen Einwohnern leisten? Laut des Statistikamts Nord sind in Hamburg und Schleswig-Holstein zwischen 2010 und 2014 die Anzahl der Straßenverkehrsunfälle stetig gestiegen. Diese Steigerung beinhaltet auch zusätzlich zunehmende Personenschäden. Zu erwähnen ist hierbei auch noch die zunehmende Verrohung und Aggressivität im Straßenverkehr, deren Bekämpfung eindeutig Aufgabe der Verkehrsdirektion ist und alle Verkehrsteilnehmer dieser Stadt betrifft.

Ein Grundproblem der gesamten Hamburger Polizei ist die fehlende berufliche Perspektive. Diese Tatsache macht natürlich auch vor der VD keinen Halt. Das von ProBeSt avisierte neue Beförderungssystem und Beurteilungssystem lässt weiter auf sich warten. Die Kolle-

ginnen und Kollegen haben keinerlei Anhaltspunkte, wie sich ihre Laufbahn innerhalb der Hamburger Polizei entwickelt. Trotzdem stellen sich alle Kollegen den wachsenden Aufgaben und Gefahren des täglichen Dienstes voller Elan und dem beruflichen Selbstverständnis eines Polizisten. Aber auch die größte Einsatzbereitschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsüberwachung und Verkehrsprävention nicht den Stellenwert einnimmt, der nach Auffassung der **DPoIG Hamburg** notwendig wäre.

„Wir werden alles dafür tun, die Zahl von Verkehrsunfällen und Verunglückten zu reduzieren. Das geht nur mit einem Mix aus Präventionsarbeit und Ahndung von Verkehrsverstößen. Ein Schwerpunkt wird im Jahr 2015 auf den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer gelegt, insbesondere auf die Präventionsarbeit bei Fahrradfahrern und Motorradfahrern. Raser und Rotlichtfahrer werden wir weiterhin konsequent verfolgen“, so äußerte sich Innensenator Michael Neumann (SPD) anlässlich der Veröffentlichung der Straßenverkehrsbilanz 2014. Die von Innensenator Michael Neumann formulierten Ziele kann die Hamburger Polizei und die Verkehrsdirektion nur dann in Angriff nehmen, wenn die Personalfrage nachhaltig gelöst wird. Nur dann wird die Polizei dauerhaft in die Lage versetzt, die Verkehrssicherheit durchgreifend zu erhöhen.

> Verkehrsunfallstatistik Hamburg 2014 (Auszug)

- > Mit 1,1 Prozent gab es eine leichte Zunahme bei der Zahl aller von der Polizei registrierten Verkehrsunfälle (65.703 gegenüber 64.995 im Jahr 2013).
- > Die Zahl der Verunglückten stieg in Hamburg gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent, was im Wesentlichen auf die Zunahme bei der Zahl von Leichtverletzten zurückzuführen ist (9.060 gegenüber 8.642 im Vorjahr, eine Zunahme um 4,8 Prozent). Hingegen stieg die Zahl der Schwerverletzten nur leicht um 0,7 Prozent (812 gegenüber 806 im Jahr 2013).
- > Unter den 38 Verkehrstoten des vergangenen Jahres waren 21 Zweiradfahrer, darunter elf Radfahrer und zehn Motorradfahrer. Hauptunfallursachen waren zu 27,4 Prozent Fehler beim Einfahren, Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren. Nur knapp dahinter rangieren zu hohe Geschwindigkeit und mangelnder Sicherheitsabstand mit 27,1 Prozent.

Quelle: Behörde für Inneres und Sport/7. April 2015



Verwaltung in der Polizei

Von Beate Petrou,
Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung

Personalentwicklung in der Verwaltung und das Berufsbild AiP. Der Fachbereich Verwaltung beschäftigt sich schon seit Langem mit diesen beiden Themen. Für unsere Mitglieder haben wir hierzu bereits Tagesseminare mit fachkundigen Gästen angeboten, Flugblätter verfasst und dies in den Fachbereichssitzungen diskutiert. Ebenso hat die stellvertretende Personalratsvorsitzende Beate Petrou diese Punkte stets auf den Personalversammlungen der Polizei vorgetragen, immer mit dem Hinweis, dass hier noch sehr großer Handlungsbedarf besteht.

Was ist damit gemeint? Könnte die **DPoIG Hamburg** dazu einen Wunschzettel abgeben, so würde darauf folgendes stehen:

Personalentwicklung (PE): Kollegen aus der Verwaltung, die in der PE-Verwaltung arbeiten; Ausarbeitung von Konzepten für die Nachwuchsgewinnung; Fachkräftemangel entgegenwirken; Kolleginnen und Kolle-



gen des Wechselschichtdienstes nicht bis 67 Jahre im Schichtdienst belassen; Talentförderung; vorzeitige Stufenaufstiege und gerechte Stellenbewer-

tungen schaffen; professionelle Erhebung und Pflege aller Daten für PE; Vermittlung von Kollegen nach dem Motto: Der richtige Mitarbeiter am richtigen Arbeitsplatz.

Berufsbild AiP: Erweiterung der Aufgaben, Vollzugsentlastend und sinnvolle Bereicherung; einheitliche Eingruppierung

weiteren Initiativplan entwickelt. Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Jungfer und Klemens Burzlaff haben sich mit der Vorsitzenden des Fachbereiches Verwaltung, Beate Petrou, und ihrem Stellvertreter Michael Adomat im Dezember mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer getroffen, die Probleme wurden of-

(mindestens EG 6); Weiterentwicklung und Karriereaussichten bis EG 8, Waffenträgerzulage; Nachbesetzung der freien AiP-Stellen bei DE 14 und an den PK.

Durch den Landesbetrieb Verkehr (LBV) werden sich wahrscheinlich im Bereich der Parkraumbewirtschaftung, stationäre Verkehrsmessung und Negativbild-Auswertung Änderungen ergeben. Hierzu ist die **DPoIG Hamburg** bereits im Gespräch und wird demnächst davon ausführlicher berichten. Der Landesvorstand und der Fachbereichsvorstand Verwaltung haben die beiden Themen gemeinsam beraten und einen

fen besprochen und der Polizeipräsident hat seine Unterstützung zugesagt. Ein weiterer Meilenstein wird eine Teil-Personalversammlung der Verwaltung sein. Weiterhin werden zu den aufgeführten Themen in 2016 Tagesseminare durch den Fachbereich Verwaltung angeboten. Es ist mitunter ein steiniger Weg, Dinge zu verändern. Gerade in der Verwaltung dauert dies lange, da der Fokus nun mal auf dem Polizeivollzug liegt. Die **DPoIG Hamburg** wird auch zukünftig alles daran setzen, berufliche und soziale Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung zu erreichen. ■

Vorgestellt: Stefan Diestel, freigestelltes Personalratsmitglied

Stefan Diestel wurde am 1. Dezember des vergangenen Jahres von den Mitgliedern des Personalrates der Polizei in die Freistellung gewählt. Er tritt somit die Nachfolge von Andy Metzloff an, der zur Ausländerbehörde gewechselt ist. An dieser Stelle geht ein herzlicher Dank an Andy Metzloff für seine geleistete personalrätliche Arbeit in den vergangenen Jahren. Stefan Diestel kam im Mai 2005 zur Polizei und absolvierte eine zwölfwöchige Ausbildung zum Angestellten im Polizeidienst (AiP). Der 46-Jährige ist verheiratet, Vater eines Sohnes und kommt ursprünglich aus der Hansestadt Lübeck. Seine erste Verwendung war der Dienst im Objektschutz bei der DE 14 (ehemals ZD 54). Dort war er auch kurzzeitig zur Bewachung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt abgeordnet. Er war unter anderem auch Vertrauensperson der C-Schicht. Nach sechs Jahren Dienst beim Objektschutz wechselte Stefan Diestel zum LKA 26 Erkennungsdienst und verrichtete dort vier Jahre Dienst als Sachbearbeiter sowie Verwahrungsbuchführer. Seit 2005 ist er Mitglied der **DPoIG**, Mitglied im Vorstand des Fachbereiches Verwaltung und Mitglied der Arbeitsgruppe AiP. ■



> Stefan Diestel

> Terminhinweis

Teil-Personalversammlung Verwaltung

Am Mittwoch, dem 17. Februar 2016, um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) findet im CinemaxX Dammtor die Teil-Personalversammlung für die Verwaltung statt. Der Polizeipräsident hat die Teilnahme an der Personalversammlung einschließlich der An- und Abfahrt als Dienstzeit anerkannt. Innensenator Michael Neumann, Staatsrat Bernd Krösser, Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und die Organisationsleiter der Polizei Hamburg haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. ■



Jahrestreffen der Senioren

Wieder einmal volles Haus in der Landesgeschäftsstelle. Am 1. Dezember lud die **DPoIG Hamburg** ihre Pensionäre zum Jahrestreffen ein. Der Veranstaltungsraum war bis auf den letzten Platz besetzt, als Peter Ulawski, nunmehr seit einigen Jahren selbst im Ruhestand, die Pensionäre bei „ihrer“ **DPoIG** begrüßte. Unsere pensi-

onierten Kollegen verfolgten zunächst aufmerksam den Ausführungen von Peter Ulawski, seit Kurzem Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der **DPoIG**-Bundesseniorenvertretung. Im Anschluss berichtete der stellvertretende Landesvorsitzende, Klaus Vöge, über die aktuellen Entwicklungen innerhalb der Polizei und der



DPoIG

DPoIG Hamburg. Es blieb auch noch genug Zeit für angeregte Gespräche im kleinen Kreis und am Schluss der Veranstaltung verabredeten sich die Teilnehmer schon für das nächste Treffen. Ein herzlicher Dank gilt

an dieser Stelle den fleißigen Helfern im Hintergrund und den Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle. Auf ein gesundes Wiedersehen zum nächsten Jahrestreffen Ende dieses Jahres!

> Ruhestand

Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 31. Dezember 2015 in den Ruhestand gegangen:

Akademie der Polizei

PHK Schlünzen, Hartmut AK 111

Amt A

ORR Hofmann, Hans-Peter Amt A

Direktion Polizeikommissariate und Verkehr

PHK Berg, Hans-Joachim PK 31

PHK Eggers, Jürgen VD 61

PHK Matzat, Joachim PK 35

Landeskriminalamt

PHK Beth, Rainer LKA 18

KHK Chrobok, Wilfried LKA Fst11

EKKH Ebert, Uwe LKA 12

KHK Ostermann, Gerhard BAO ED

KHK Wagner, Matthias LKA 53

Personalabteilung

PKin Weihs, Christiane PERS 31

Wasserschutzpolizei

PHK Illing, Klaus WSP 52

Folgende Kollegen sind zum 31. Januar 2016 in den Ruhestand gegangen:

Akademie der Polizei

POK Ferst, Detlef AK 23

Direktion Einsatz

PHK Garbe, Karl-Heinz DE 3301

Direktion Polizeikommissariate und Verkehr

PHK Borchers, Reinhard PK 33

PHK Görtz, Thomas PK 11

PHK Pahl, Hans-Joachim VD 22

PHK Schauer, Hans-Gerhard PK 44

POK Seemann, Gerhard PK 33

PHK Singer, Bernd PK 14

IT

POK Schönrock, Gunter IT 421

Landeskriminalamt

KHK Bekierz, Günter LKA 18

PHM Bettzig, Michael LKA 15

KHK Grehm, Jürgen LKA 13

KHK Habercorn, Wolfgang LKA 12

KHK Herrmann, Rolf BAO ED

KHK Kiehn, Werner LKA 41

POK Lewandowski, Dieter LKA 18

Wasserschutzpolizei

POK Junghänel, Helmut-Kurt WSPK 1

> Verstorben

25.9.2015	Kaiser, Reinhard	Ang. i. R.	71	26.11.2015	Vieths, Karl-Heinz	POK i. R.	85
1.10.2015	Finzelberger, Johannes	POK i. R.	90	27.11.2015	Benecke, Bernd	Ang. i. R.	66
25.10.2015	Behr, Peter	KHK i. R.	82	28.11.2015	Brand, Ernst	PHM i. R.	92
4.11.2015	Habler, Oswald	EKKH i. R.	84	28.11.2015	Rönfeldt, Hans Heinrich	KHK i. R.	93
11.11.2015	Nürnberg, Reinhard	KOK i. R.	67	29.11.2015	Rieck, Wulf-Hinrich	KHK i. R.	67
13.11.2015	Wagner, Melita	Vae. i. R.	90	29.11.2015	Orth, Jens-Peter	POK i. R.	73
16.11.2015	Oldenburg, Kurt	POK i. R.	64	29.11.2015	Schulte, Wilfried	PHM i. R.	78
18.11.2015	Chrubassik, Kurt	PHM i. R.	87	3.12.2015	Dwinger, Peter	KOK i. R.	87
18.11.2015	Rutenberg, Kurt	Ang. i. R.	97	9.12.2015	Joost, Peter	KHK i. R.	66
19.11.2015	Heckhoff, Dieter	PHM i. R.	72	10.12.2015	Tegeler, Carl Heinz	KHM i. R.	91
22.11.2015	Harmann, Günter	POR i. R.	87	12.12.2015	Schnoor, Andreas	POK	55
22.11.2015	Gork, Ulrike	Vae. i. R.	71	14.12.2015	Jaehn, Willi	Arbeiter i. R.	85
24.11.2015	Diedrich, Rosemarie	Vae. i. R.	82	16.12.2015	Schulz, Wolfgang	KHK i. R.	81
25.11.2015	Sommerfeld, Harry	EPHK i. R.	81	17.12.2015	Theophile, Harald	Ang.	56
26.11.2015	Beckmann, Hans Heinrich	PHM i. R.	89	3.1.2016	Preschel, Günther	POK i. R.	67
26.11.2015	Jordan, Horst	KHK i. R.	80	6.1.2016	Münzel, Claus Jürgen	POK	51